

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 15 | 13.04.2018

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 62/2018 \(Anlage A bis D; Anlage E; Anlage F\)](#)

Verordnung der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus über die Begrenzung von Abwasseremissionen aus der Herstellung von Zellstoff und Papier (**AEV Zellstoff und Papier**)

[BGBl II 63/2018](#)

Verordnung der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus, mit der die Verordnung über die allgemeine Begrenzung von Abwasseremissionen in Fließgewässer und öffentliche Kanalisationen, die Verordnung über die Begrenzung von Abwasseremissionen aus der Herstellung von Holzwerkstoffen und die Verordnung über ein elektronisches Register zur Erfassung aller wesentlichen Belastungen von Oberflächenwasserkörpern durch Emissionen von Stoffen aus Punktquellen 2017 geändert werden (**Omnibusverordnung zur AEV Zellstoff und Papier 2018**)

[BGBl II 64/2018](#)

Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie, mit der die Führerscheingesetz-Gesundheitsverordnung geändert wird (**8. Novelle zur FSG-GV**)

[BGBl II 65/2018 \(Anlage 2a; Anlage 4a\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie, mit der die Prüf- und Begutachtungsstellenverordnung geändert wird (**9. Novelle zur PBStV**)

[BGBl II 67/2018](#)

Verordnung der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus, mit der nähere Bestimmungen betreffend die Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle mit Seveso-Stoffen in Seveso-Betrieben erlassen werden (**Abfall-Industrieunfallverordnung – A-IUV**)

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 90 v 06.04.2018, 36](#)

Beschluss (EU) 2018/539 des Rates vom 20. März 2018 über den Abschluss des **Bilateralen Abkommens** zwischen der Europäischen Union und den **Vereinigten Staaten von Amerika** über **Aufsichtsmaßnahmen** für die **Versicherung** und die Rückversicherung

[ABI L 93 v 11.04.2018, 3](#)

Beschluss (GASP) 2018/558 des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees vom 20. März 2018 zur **Verlängerung des Mandats** des Leiters der Mission der Europäischen Union zur Unterstützung des **integrierten Grenzmanagements in Libyen** (EUBAM Libya) (EUBAM Libya/1/2018)

[ABI L 93 v 11.04.2018, 4](#)

Beschluss (EU, Euratom) 2018/559 der Kommission vom 6. April 2018 zur Festlegung von Durchführungsbestimmungen zu Artikel 6 des Beschlusses (EU, Euratom) 2017/46 über die **Sicherheit von Kommunikations- und Informationssystemen** in der **Europäischen Kommission**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

02.03.2018, [G 260/2017](#) (Anlassfall [E 693/2017](#))

Arbeitsvertragsrechts-AnpassungsG; Feststellung der Verfassungswidrigkeit einer Bestimmung des Arbeitsvertragsrechts-AnpassungsG betreffend den **generellen Ausschluss der aufschiebenden Wirkung von Beschwerden** gegen die Verpflichtung zum Erlag einer Sicherheitsleistung zur Einbringlichmachung von Strafen im Zusammenhang mit Lohn- und Sozialdumping mangels Erforderlichkeit einer vom VwGVG abweichenden Regelung

14.03.2018, [G 227/2017](#)

GewO; Abweisung eines Eventualantrags des VwGH auf Aufhebung einer Bestimmung der GewO betreffend die **Voraussetzungen für die Bestellung eines gewerberechtlchen Geschäftsführers** zur Sicherstellung der verwaltungsrechtlichen Verantwortlichkeit und zur Vermeidung des Scheingeschäftsführerwesens; kein Verstoß gegen das Recht auf Freiheit der Erwerbsbetätigung und den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit; Zurückweisung des Hauptantrags als zu eng gefasst

14.03.2018, [E 4329/2017 ua](#)

FremdenpolizeiG; **AsylG**; kein Verstoß gegen das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens durch **Versagung der Aufhebung bzw Verkürzung eines zehnjährigen Einreiseverbots**; Aufenthalt eines Drittstaatsangehörigen im Inland im Zeitpunkt der Antragstellung nicht erforderlich sowie Möglichkeit der Anfechtung vor Ablauf der Hälfte des festgelegten Zeitraums gegeben bei verfassungskonformer Interpretation der Regelung betreffend einen Aufenthaltstitel aus Gründen des Art 8 EMRK

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

22.02.2018, [Ra 2017/11/0066](#)

VStG; **VwGVG**; das **VwG** hat gem Art 130 Abs 4 erster Satz B-VG in **Verwaltungsstrafsachen immer in der Sache selbst zu entscheiden**; dabei kommt ihm die Befugnis und Verpflichtung zu erforderlichen Sachverhaltsfeststellungen zu; es ist in seiner Ermessenskontrolle nicht beschränkt; gegebenenfalls ist auch eine seit der behördlichen Entscheidung erfolgte „qualitative oder quantitative Reduktion“ des Tatvorwurfs ebenso zu berücksichtigen wie neu hinzuge tretene Strafbemessungs-

gründe; ein Verstoß gegen das Verbot der reformatio in peius liegt auch dann nicht vor, wenn das VwG im Rahmen der vorzunehmenden eigenen Bewertung von Milderungs- und Erschwerungsgründen trotz Wegfalls eines von der Verwaltungsstrafbehörde für die Bemessung der Strafe herangezogenen Erschwerungsgrunds die verhängte Strafe nicht herabsetzt, wenn es begründen kann, dass andere Umstände vorlagen, die es rechtfertigen, das Ausmaß der verhängten Strafe für angemessen zu halten

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Oö 10.04.2018, [LVwG-400297](#)

Bundesstraßen-MautG; will die Behörde den Bf dezidiert deshalb bestrafen, weil er die **GO-Box nicht dauerhaft an der Windschutzscheibe montiert**, sondern zeitweise abgenommen hatte, muss der **Spruch des Straferkenntnisses** eine Beschreibung jener Modalitäten enthalten, die aus behördlicher Sicht dazu geführt haben könnten, dass und weshalb keine dauerhafte Montage vorlag; insoweit wäre es allerdings auch nicht ausreichend gewesen, bloß anzuführen, dass an drei Überwachungsportalen keine Abbuchung von Mautguthaben erfolgte, wenn dieser Umstand nicht zugleich auch durch entsprechende Beweismittel belegt werden kann; gerade solche waren jedoch im ggst Fall nicht ersichtlich; damit lässt sich aber das Vorbringen des Bf, dass für die Nichtabbuchung auch andere Ursachen maßgeblich gewesen sein könnten (wie zB ein technischer Defekt), nicht ohne weiteres von der Hand weisen, sodass im Zweifelsfall zu dessen Gunsten von der Nichterwiesenheit der ihm angelasteten Übertretung auszugehen gewesen wäre

Hinweis: Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[10.04.2018, Rs C-191/16, Pisciotti](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Unionsbürgerschaft** – Art 18 und 21 AEUV – Auslieferung eines Staatsangehörigen eines Mitgliedstaats, der von seinem Recht auf Freizügigkeit Gebrauch gemacht hat, an die Vereinigten Staaten von Amerika – **Auslieferungsabkommen** zwischen der Europäischen Union und diesem Drittstaat – **Anwendungsbereich des Unionsrechts** – **Verbot der Auslieferung**, das nur auf die eigenen Staatsangehörigen angewandt wird – Beschränkung der Freizügigkeit – **Rechtfertigung** mit der **Verhinderung von Straflosigkeit** – Verhältnismäßigkeit – Benachrichtigung des Herkunftsmitgliedstaats des Unionsbürgers

[10.04.2018, Rs C-320/16, Uber France](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verkehrsdienstleistungen – Richtlinie 2006/123/EG – **Dienstleistungen im Binnenmarkt** – Richtlinie 98/34/EG – **Dienste der Informationsgesellschaft** – Vorschrift betreffend Dienste der Informationsgesellschaft – Begriff – **Vermittlungsdienst**, der es mittels einer Smartphone-Applikation ermöglicht, gegen Entgelt eine Verbindung zwischen **nicht berufsmäßigen Fahrern**, die ihr **eigenes Fahrzeug** benutzen, und Personen herzustellen, die eine Fahrt im innerstädtischen Bereich unternehmen möchten – Strafrechtliche Sanktionen

[11.04.2018, Rs C-532/16, SEB bankas](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Beschränkung des **Rechts auf Vorsteuerabzug** – Berichtigung des Vorsteuerabzugs – **Lieferung eines Grundstücks** – Fälschliche Einstufung als ‚steuerpflichtige Tätigkeit‘ – Angabe der Steuer auf der ursprünglichen Rechnung – Änderung dieser Angabe durch den Lieferer

[12.02.2018, Rs C-258/16, Finnair](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Luftverkehr** – Übereinkommen von Montreal – Art 31 – **Haftung** der Luftfrachtführer für **aufgegebenes Reisegepäck** – **Anforderungen** an die Form und den Inhalt einer schriftlichen Schadensanzeige an den Luftfrachtführer – Elektronisch eingegebene und im Informationssystem des Luftfrachtführers registrierte **Schadensanzeige** – Von einem Vertreter des Luftfrachtführers im Namen des Empfängers eingegebene Schadensanzeige

[12.04.2018, Rs C-541/16, Kommission / Dänemark](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Verordnung (EG) Nr 1072/2009 – Art 2 Nr 6 – Art 8 – **Kabotage** – Begriff – Definition, die in einem von der Kommission erstellten Dokument ‚Fragen und Antworten‘ enthalten ist – **Rechtliche Bedeutung** – Innerstaatliche Durchführungsmaßnahmen, mit denen die **Anzahl der Belade- und Entladeorte**, die Teil einer Kabotage sein können, begrenzt wird – Ermessensspielraum – Beschränkung – Verhältnismäßigkeit

[12.04.2018, Rs C-550/16, A und S](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Recht auf Familienzusammenführung** – Richtlinie 2003/86/EG – Art 2 Buchst f – Begriff ‚**unbegleiteter Minderjähriger**‘ – Art 10 Abs 3 Buchst a – Recht eines Flüchtlings auf Familienzusammenführung mit seinen Eltern – Flüchtling, der zum Zeitpunkt seiner Einreise in das Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats und der Stellung seines Asylanspruchs unter 18 Jahre alt war, aber zum Zeitpunkt des Erlasses der asylgewährenden Entscheidung und der Stellung seines Antrags auf Familienzusammenführung volljährig ist – Für die **Beurteilung der Minderjährigkeit** des Betroffenen **maßgeblicher Zeitpunkt**

[12.04.2018, Rs C-8/17, Biosafe - Indústria de Reciclagens](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 63, 167, 168, 178 bis 180, 182 und 219 – **Grundsatz der steuerlichen Neutralität** – Recht auf **Vorsteuerabzug** – In den nationalen Rechtsvorschriften zur Ausübung dieses Rechts vorgesehene Frist – Abzug einer zusätzlichen Mehrwertsteuer, die infolge einer Nacherhebung an den Staat gezahlt und in Dokumenten zur Berichtigung der ursprünglichen Rechnungen ausgewiesen wurde – Zeitpunkt des Fristbeginns

[12.04.2018, Rs C-13/17, Fédération des entreprises de la beauté](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – Kosmetische Mittel – Verordnung (EG) Nr 1223/2009 – Art 10 Abs 2 – **Sicherheitsbewertung kosmetischer Mittel** – Qualifikation des Sicherheitsbewerter – Anerkennung der **Gleichwertigkeit von Studiengängen** – Ähnliche Fächer wie Pharmazie, Toxikologie oder Medizin – Gestaltungsspielraum der Mitgliedstaaten

[12.04.2018, Rs C-110/17, Kommission / Belgien](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Freier Kapitalverkehr – Art 63 AEUV – Art 40 des EWR-Abkommens – **Einkommensteuer belgischer Gebietsansässiger** – Bestimmung der **Einkünfte aus Immobilien** – Anwendung **zweier unterschiedlicher Berechnungsmethoden**, je nach dem Belegenheitsort der Immobilie – Vom Katasterwert ausgehende Berechnung für die Immobilien in Belgien – Berechnung auf der Grundlage des tatsächlichen Mietwerts für die Immobilien in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) – Unterschiedliche Behandlung – **Beschränkung des freien Kapitalverkehrs**

[12.04.2018, Rs C-227/17, Medtronic](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EWG) Nr 2658/87 – **Zollunion und Gemeinsamer Zolltarif** – Tarifierung – Kombinierte Nomenklatur – Unterpositionen 9021 10 10, 9021 10 90 und 9021 90 90 – Wirbelsäulenfixationssystem – Durchführungsverordnung (EU) Nr 1214/2014

[12.04.2018, Rs C-302/17, PPC Power](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Umwelt – Richtlinie 2003/87/EG – System für den **Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten** – Ziele – **Kostenlose Zuteilung von Zertifikaten** – Nationale Regelung, mit der übertragene und nicht verwendete Zertifikate besteuert werden

12.04.2018, Rs C-323/17, *People Over Wind und Sweetman*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Umwelt – Richtlinie 92/43/EWG – **Erhaltung der natürlichen Lebensräume** – Besondere Schutzgebiete – Art 6 Abs 3 – Vorprüfung zur Feststellung, ob eine **Prüfung der Auswirkungen eines Plans** oder Projekts auf ein besonderes Schutzgebiet erforderlich ist oder nicht – Maßnahmen, die dabei berücksichtigt werden dürfen

B. SCHLUSSANTRÄGE

10.04.2018, Rs C-88/17, *Zurich Insurance und Metso Minerals (GA Tanchev)*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivil- und Handelssachen – ‚**Brüssel-I-Verordnung**‘ – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – Zuständigkeit in Verfahren, die einen Vertrag oder Ansprüche aus einem Vertrag zum Gegenstand haben – Schadensersatz – **Bestimmung des Erfüllungsortes** – Ort, an dem die Dienstleistungen erbracht worden sind oder hätten erbracht werden müssen – Vertrag über die **Beförderung von Gütern** von einem Mitgliedstaat in einen anderen, wenn die Beförderung aus mehreren Teilstrecken besteht und mehr als eine Transportart umfasst (multimodaler Transport)

10.04.2018, Rs C-89/17, *Banger (GA Bobek)*

Vorabentscheidungsersuchen – Unionsbürgerschaft – Art 21 AEUV – **Rückkehr eines Unionsbürgers** in den Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt, nach Ausübung seiner Freizügigkeitsrechte in einem anderen Mitgliedstaat – **Aufenthaltsrecht eines Drittstaatsangehörigen**, der ein Familienangehöriger im weiteren Sinne eines Unionsbürgers ist – Entsprechende Anwendung der Richtlinie 2004/38/EG – Art 3 Abs 2 Buchst b – Verpflichtung zur Erleichterung der Einreise und des **Aufenthalts des Lebenspartners**, mit dem der Unionsbürger eine dauerhafte Beziehung eingegangen ist, nach Maßgabe der innerstaatlichen Rechtsvorschriften – Anfechtungsrecht – Umfang der gerichtlichen Überprüfung – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union

10.04.2018, Rs C-122/17, *Smith (GA Bot)*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – **Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung** – Dritte Richtlinie 90/232/EWG – Art 1 – Haftung im Fall von **Personenschäden** bei allen **Fahrzeuginsassen** mit Ausnahme des Fahrers – Pflichtversicherung – **Unmittelbare Wirkung von Richtlinien** – Pflicht, eine nationale Rechtsvorschrift, die gegen eine Richtlinie verstößt, unangewendet zu lassen – Möglichkeit des Staates, eine Richtlinie gegenüber einem Einzelnen geltend zu machen

10.04.2018, Rs C-154/17, *E LATS (GA Bobek)*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – Begriff ‚Gebrauchtgegenstände‘ – Begriff ‚**Edelmetalle oder Edelsteine**‘

11.04.2018, Rs C-600/16 P, *National Iranian Tanker Company / Rat (GA Tanchev)*

Rechtsmittel – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – **Restriktive Maßnahmen** gegen die Islamische Republik **Iran** zur Verhinderung der nuklearen Proliferation – **Einfrieren von Geldern** – **Nichtigkeitsklage** – Entscheidung zur erneuten Aufnahme in die Listen, nachdem die Entscheidung zur ersten Aufnahme durch die Unionsgerichte in der Sache für nichtig erklärt wurde – Art 266 AEUV – Allgemeine Grundsätze des Unionsrechts – Grundrechte – Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 6 Abs 1 und Art 13 der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten

11.04.2018, verb Rs C-622/16 P bis C-624/16 P, *Scuola Elementare Maria Montessori / Kommission (GA Wathelet)*

Rechtsmittel – Art 263 Abs 4 AEUV – Zulässigkeit – **Rechtsakt mit Verordnungscharakter**, der keine Durchführungsmaßnahmen nach sich zieht – Unmittelbare Betroffenheit – **Staatliche Beihilfen** – Beihilferegulation der italienischen Behörden zugunsten bestimmter nichtgewerblicher Einrichtungen, die besondere Tätigkeiten in bestimmten Bereichen ausüben – **Befreiung** von der **kommunalen Immobiliensteuer (ICI)** – Beschluss, mit dem die Rückforderung einer mit dem Binnenmarkt unvereinbaren Beihilfe für unmöglich erklärt wird – Beschluss, mit dem erklärt wird, dass eine Regelung zur Befreiung von der Gemeindesteuer auf Immobilien (IMU) zugunsten von Räumlichkeiten, in denen nichtgewerbliche Einrichtungen nichtwirtschaftliche Tätigkeiten ausüben, keine staatliche Beihilfe darstellt – **Nichtigkeitsklagen potenzieller Wettbewerber**

[11.04.2018, Rs C-668/16, Kommission / Deutschland \(GA Mengozzi\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Richtlinie 2007/46/EG – **Verantwortlichkeit der nationalen Behörden** – Maßnahmen in Bezug auf die Übereinstimmung der Fahrzeuge mit den technischen Anforderungen – Abwägung der Konformitätsabweichung gegen Sicherheitsrisiken – Pflichten des Herstellers – Sanktionen – Richtlinie 2006/40/EG – Grenzwert für Emissionen der Klimaanlagen von Kraftfahrzeugen – **Umgehung der Richtlinie**

[11.04.2018, Rs C-43/17 P, Jenkinson / Rat ua \(GA Szpunar\)](#)

Rechtsmittel – **Personal der internationalen Missionen der Europäischen Union** – Anwendbares Recht und Zuständigkeit für **Streitigkeiten über Arbeitsverträge** – Aufeinanderfolgende befristete Dienstverträge – Entscheidung, den letzten Vertrag nicht zu verlängern – Antrag auf Schadensersatz – Bestimmung der beklagten Partei

[12.04.2018, Rs C-561/16, Saras Energía \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Richtlinie 2012/27/EU – Förderung der Energieeffizienz – **Energieeffizienzpflichtungssystem** – Andere strategische Maßnahmen – Nationaler Energieeffizienzfonds – Beitragspflicht – Verpflichtete Energieverteiler und/oder Energieeinzelhandelsunternehmen – Begründung

[12.04.2018, Rs C-4/17 P, Tschechische Republik / Kommission \(GA Kokott\)](#)

Rechtsmittel – EGFL – **Ausschluss** bestimmter Ausgaben von der **Finanzierung durch die Europäische Union** – Von der Tschechischen Republik getätigte Ausgaben – **Schutz von Weingärten** vor Wild und Vögeln – Rechtssicherheit – Vertrauensschutz – Rechtliches Gehör

[12.04.2018, Rs C-99/17 P, Infineon Technologies / Kommission \(GA Wathelet\)](#)

Rechtsmittel – **Kartelle** – Europäischer Markt für **Smartcard-Chips** – Netz bilateraler Kontakte zur Koordinierung der Antworten, die Kunden mit einem Wunsch nach Preissenkungen zu geben sind – Bestreiten der **Echtheit der Beweise** – Umfang der gerichtlichen Kontrolle – Befugnis zu unbeschränkter Nachprüfung

[12.04.2018, Rs C-107/17, Aviabaltika \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Wirtschafts- und Währungspolitik – Freier Kapitalverkehr – **Verwertung von Finanzsicherheiten** – Einleitung eines **Liquidationsverfahrens** gegenüber dem **Finanzsicherheitsnehmer** – Eintritt des Verwertungs- bzw. Beendigungsfalls – Zurechnung der Finanzsicherheit zur Insolvenzmasse – Verpflichtung, die Forderungen zuerst aus der Finanzsicherheit zu befriedigen

[12.04.2018, Rs C-115/17, Administration des douanes und droits indirects und FranceAgriMer \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Grundsatz der **rückwirkenden Anwendung des mildereren Strafgesetzes** – Art 49 Abs 1 Satz 3 der Charta der Grundrechte – Ausfuhrerstattungen – Sondererstattungen für die Ausfuhr bestimmter Arten von entbeintem Rindfleisch – **In betrügerischer Absicht** oder durch falsche Erklärungen zur Art der ausgeführten **Waren erlangte Ausfuhrsondererstattungen** – Waren, die zum Zeitpunkt der Abgabe der falschen Erklärungen nicht unter die Unionsregelung über Ausfuhrsondererstattungen fielen, jedoch später infolge einer Rechtsänderung in ihren Anwendungsbereich einbezogen wurden

[12.04.2018, Rs C-151/17, Swedish Match \(GA Saugmandsgaard Øe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – Herstellung, Aufmachung und Verkauf von Tabakerzeugnissen – Richtlinie 2014/40/EU – Art 1 Buchst c – Art 17 – **Verbot des Inverkehrbringens von Tabak zum oralen Gebrauch** – Ersuchen um Prüfung der Gültigkeit – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit – **Vorsorgeprinzip**

[12.04.2018, verb Rs C-195/17, C-197/17 bis C-203/17, C-226/17, C-228/17, C-254/17, C-274/17, C-275/17, C-278/17 bis C-286/17 und C-290/17 bis C-292/17, Krüsemann ua \(GA Tachev\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Luftverkehr – Verordnung (EG) Nr 261/2004 – Art 5 Abs 3 – **Ausgleichszahlungen an Fluggäste bei Nichtbeförderung** und Annullierung oder großer **Verspätung** von Flügen – Begriff „außergewöhnliche Um-

stände‘ – Abwesenheit von zahlreichem Flugpersonal aufgrund eines ‚**wilden Streiks**‘ unter dem Vorwand von Krankmeldungen – Ursächlicher Zusammenhang – Vermeidbarkeit

C. GERICHT

[11.04.2018, Rs T-271/10 RENV, H / Rat](#)

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – Zur EUPM in Bosnien und Herzegowina abgeordneter nationaler Bediensteter – Versetzungsbeschluss – Zuständigkeit des Leiters der EUPM, über die Versetzung eines **abgeordneten nationalen Bediensteten** zu entscheiden – Begründungspflicht – **Ermessensmissbrauch** – Offensichtlicher Beurteilungsfehler – **Mobbing**

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

10.04.2018, Beschwerde Nr [33707/14](#) und [3762/15](#), *Rubtsov und Balayan / Russland*

Verletzung von **Art 5 EMRK** (Recht auf Freiheit und Sicherheit); **Verhängung** der **Untersuchungshaft** gegen zwei Geschäftsführer (Bf) wegen des Verdachts des Betrugs; das russische Recht sieht vor, dass die Untersuchungshaft für Personen, die wegen bestimmter **Wirtschaftsdelikte** angeklagt werden, ausgeschlossen werden kann; die Anträge der Bf auf Entlassung aus der Untersuchungshaft waren erfolglos, obwohl sie bei Gericht vorbrachten, dass sie unter Berücksichtigung der einschlägigen Bestimmung freizulassen wären; **keine ausreichende Begründung** des Gerichts, warum die Bestimmung nicht angewendet wurde; **Verletzung** von **Art 5 EMRK**

12.04.2018, Beschwerde Nr [36661/07](#) und [38433/07](#), *Chim und Przywieczerski / Polen*

Verletzung von **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); **Verurteilung** der Bf wegen verschiedener Straftaten im Zusammenhang mit dem staatlichen Fonds für die Bedienung von Auslandsschulden (FOZZ); Missachtung der **gesetzlichen Zuständigkeitsbestimmungen** bei Auswahl des verfahrensführenden Richters; **Verletzung** von **Art 6 EMRK**; der verfahrensführende Richter war vor dem Strafverfahren als Berater für die Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs tätig, welcher sich auf den FOZZ-Fall bezog; jedoch war **kein Mangel** an subjektiver oder objektiver **Unparteilichkeit** des Richters erkennbar; in diesem Zusammenhang **keine Verletzung** des **Art 6 EMRK**

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder LL.B., Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heimpl, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Wiss.-Mit. Clara Buder.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.